



# HESSISCHER LANDTAG

10. 12. 2024

Plenum

## Dringlicher Antrag

### Fraktion der AfD

#### **Wende in der Klimapolitik einleiten: „Klimaschutz“ streichen, Klimaanpassung verstärken und besser auf Extremwetter vorbereiten**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass das Ziel einer anzustrebenden „Klimaneutralität“ faktisch unbezahlbar ist. Die Kosten, die die Dekarbonisierung allen Bereichen des Lebens auferlegt, sind für den Bürger und den Staat unbezahlbar und senken den Wohlstand in Hessen und in Deutschland gravierend. Die Zumutbarkeitsgrenze schwarz-roter und ampelgefärbter Klimapolitik ist für die Bürger erreicht oder überschritten, was die überbordenden Kosten für die EEG-Umlage im Bundeshaushalt, mögliche Blackouts während Dunkelflauten und den breit angelegten Abschwung in der Automobilwirtschaft beispielhaft zeigen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Regierungspolitik mit der Prämisse eines menschengemachten Klimawandels zwar theoretisch darstellbare, aber keineswegs hinreichende faktische Gründe besitzt, um auf allen Ebenen (Wirtschafts-, Energie-, Verkehrs-, Wohnungsbau-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Finanzpolitik) einschneidende Gesetze und Verordnungen zu beschließen. Zu nennen sind insbesondere das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Gebäudeenergiegesetz, CO<sub>2</sub>-Steuern und Abgaben, die den Wohlstand in unserem Land gefährden. Energie, Verkehr, Wohnen und Wärmeversorgung brauchen keine inflationäre Wende, sondern benötigen mehr denn je ein maßvolles und vernünftiges, politisches Handeln.
3. Der Landtag stellt fest, dass sich das Klima seit Menschengedenken wandelt. Klimawandel ist somit ein originär natürliches Phänomen. Schutz vor einem Klimawandel kann es daher nicht geben. Die politische Forderung nach „Klimaschutz“ ist somit unmöglich. Eine Daseinsvorsorge, die einen Schutz vor einem bestimmten Klima- oder Wetterzustand herstellen möchte, kann es somit auch nicht geben.
4. Der Landtag erkennt an, dass die Feststellungen des IPCC mit nicht vollständig verifizierbaren Aussagen von Klimamodellen lediglich Prognosen in eine generell unbestimmte Zukunft darstellen und nicht als Wahrheit betrachtet werden dürfen. Die vom IPCC kommunizierten Klimamodelle sind und bleiben wissenschaftliche Modellrechnungen. Folglich ist die Beweislage für einen vom Menschen ganz oder größtenteils verursachten Klimawandel wissenschaftlich nicht eindeutig belegbar.
5. Der Landtag befürchtet, dass der sogenannte „Klimaschutz“ zunehmend auch als ideologisches Vehikel für einen übergriffigen Staat missbraucht wird und grundgesetzlich garantierte Freiheitsrechte der Bürger ausgehebelt werden. Zu nennen sind die freie Wahl des Verkehrsmittels, die freie Entscheidung über die Art der Heizung im eigenen Heim, die freie Entscheidung, wie oft und wo die Bürger ihren Urlaub verbringen und vieles mehr. Im Namen des „Klimaschutzes“ erhobene Steuern und Abgaben schmälern die Nettoeinkünfte der Bevölkerung und stellen damit eine weitere Einschränkung der Freiheit der Bürger dar, weil sie immer mehr von staatlichen Förderungen abhängig werden oder mehrere Arbeitsstellen ausüben müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.
6. Der Landtag stellt fest, dass sich diese politische Transformation im Namen des „Klimaschutzes“ nicht nur auf der Landesebene in Hessen, sondern auch auf Bundesebene und auf EU-Ebene manifestiert.
7. Der Landtag fordert daher, dass eine Wende in der Klimapolitik im Sinne einer Abkehr von sogenanntem „Klimaschutz“, verbunden mit einer Abkehr von der Dekarbonisierung dringend erforderlich ist, und zwar in Hessen, in Deutschland, auf EU-Ebene und global.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Politikebenen vom Primat einer anzustrebenden „Klimaneutralität“ im Jahr 2045 oder wann auch immer schnellstmöglich zu verabschieden.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, schnellstmöglich ein Gesetzes- und Verordnungspaket vorzulegen, mit dem
- die Streichung des Ziels der Klimaneutralität auf allen Ebenen der Landespolitik durchgesetzt wird,
  - sämtliche Klimaschutzförderprogramme ersatzlos gestrichen werden,
  - sämtliche Stellen in Klimaschutz-relevanten Bereichen der Verwaltung anderen Aufgaben zugeordnet oder gestrichen werden,
  - das hessische Klimaschutzgesetz zugunsten eines Klimaanpassungsgesetzes abgeschafft wird,
  - Extremwetteranpassung und Anpassung an den fortschreitenden Klimawandel mit praktischen, daseinsvorsorgenden Maßnahmen unterstützt werden,
  - erreicht wird, wirkungslose und teure CO<sub>2</sub>-Reduktionsanstrengungen auf allen Ebenen zu beenden.

**Begründung:**

Sämtliche, bereits ergriffene Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion („Klimaschutz“) oder Maßnahmen im Namen einer angeblichen „Nachhaltigkeit“, mit entsprechenden Gesetzen und Vorschriften und zeitlich eng definierten Zielen, bewirken Deindustrialisierung und Bürokratieaufbau. Sie sind schädlich für unseren Wohlstand, für den Zusammenhalt der Gesellschaft, für die Chancengleichheit und das Wohlergehen der Bürger. Sie sind mit extrem hohen Kosten für Staat, Wirtschaft und die Gesellschaft verbunden.

Sie sind zudem wirkungslos, denn trotz aller CO<sub>2</sub>-Reduktionsbemühungen wird der globale Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre nächstes Jahr, voraussichtlich im Mai 2025, an der repräsentativen Station Mauna Loa (Hawaii) auf einen neuen Rekordwert von erstmals über 430 ppm steigen.

Desweiteren kann es angesichts eines sich permanent wandelnden Klimas keinen Anspruch auf einen Schutz eines bestimmten Wetters oder Klimas geben. Klimaschutz als Maßnahme staatlicher Daseinsvorsorge ist deshalb zu verwerfen. Staatliche Daseinsvorsorge muss sich auf Klimaanpassung und Schutz vor Extremwetter beschränken.

Die hier beschriebenen Argumente können der Grund sein, warum der designierte 47. Präsident der USA, Donald Trump, bereits angekündigt hat, dass die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austreten werden. Ebenso hat der argentinische Präsident Milei angekündigt, dass auch sein Land den Austritt aus dem Abkommen prüft. Auch in China und Indien gibt es keine staatlich verordneten Netto-Reduktionsbemühungen von Kohlendioxid, im Gegenteil, die Emissionen steigen unaufhörlich. Kein Land der Erde baut so viele, neue Kohlekraftwerke wie China.

Damit werden CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele bis hin zu einer „Klimaneutralität“ innerhalb einer fest definierten Zeitspanne, wenn sie nur in Teilen der Welt — wie besonders in Europa — verfolgt werden, unabhängig von seiner postulierten Wirksamkeit, nachweislich sinnlos.

Wiesbaden, 10. Dezember 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**